



## Notizen zur Zuger Kantonsrats-Sitzung 30. Jan. 2020

*Kantonsratssitzung vom 30. Januar 2020: Die Überweisung zweier parlamentarischer Vorstössen sind umstritten, die Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank wird nur mit Murren bestätigt, die Gebühren des Strassenverkehrsamtes werden ungenügend gesenkt und ein überbordender administrativer Aufwand für eine ökologische Prüfung sämtlicher Kantons- und Regierungsgeschäfte kann verhindert werden.*

*Folgend meine persönlichen Notizen zur KR-Sitzung:*

### A) Sperrstunde und Nationalität in Polizeimeldungen– Überweisungen umstritten

In einer Motion verlangen drei junge CVP Kantonsräte die Abschaffung der Sperrstunde, oder auch Polizeistunde genannt. Diese sei ein altes und überholtes Instrument. Heftig wehrten sich Vertreter der SVP dagegen. Mit der Aufhebung sei die Sicherheit im Zuger Nachtleben gefährdet. Es werden Vergleiche mit dem Zürcher Night-Life herangezogen, wo die Sperrstunde aufgehoben sei. Das Resultat seien mehr Messerstechereien und Strassenprostitution. Der Rat entschied sich trotz dieser Einwände mit 61 zu 11 Stimmen klar für eine Überweisung. Ich stimmte auch für eine Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung und bin gespannt, wie das Gastgewerbe und die Polizei in der Befragung durch den Regierungsrat die Lage einschätzen.



Die SVP will die Zuger Polizei verpflichten, dass in den Polizeimeldungen auf allen Medienkanälen die Nationalität der Involvierten genannt werden muss. Die Linken finden das keine gute Idee und stellen den Antrag auf Nichtüberweisung. Sie befürchten Diskriminierungen und Hasstiraden gegen Ausländer. Auch hier beschloss eine klare Mehrheit von 55 gegen 18 Stimmen die Überweisung an den Regierungsrat zur Beantwortung. Ich sehe das auch so und möchte eine fundierte

Beurteilung durch die Regierung dazu.

### B) Verbesserung der Vermögenssteuer und CO2-freier ÖV – Vorstösse überwiesen

Zwei aus meiner Sicht interessante und sinnvolle Vorstösse überweist der Rat diskussionslos an die Regierung zur Behandlung. Die FDP, assistiert durch die SVP, lanciert eine Motion zur Verbesserung der Situation der Vermögenssteuer im Kanton Zug. International scheint die generelle Vermögenssteuer ein Auslaufmodell zu sein. Nur noch wenige Industrieländer kennen diese Steuer. In der Schweiz ist sie noch von grösserer Bedeutung und der Kanton Zug ist in Bezug auf die Vermögenssteuer nicht attraktiv. So ist der Maximalsteuersatz auf



Vermögen im Kanton Zug wesentlich höher als in anderen Zentralschweizer Kantonen. Die Zielsetzungen einer Teilrevision des Steuergesetzes ist, die Vermögenssteuer generell massvoll zu senken und auch eine Erhöhung des Freibetrages zu prüfen, damit von einer Senkung auch weniger Vermögende profitieren.

Eine Motion der CVP will, dass die zusätzlich anfallenden Betriebs- und Investitionskosten eines CO<sub>2</sub>-neutralen Busbetriebes, die im Vergleich zu einem konventionellen Antrieb während der nächsten 20 Jahre anfallen, von der öffentlichen Hand zu tragen sind. Diese Mehrkosten sollen im 40-



prozentigen Kostendeckungsgrad, der durch die Ticketpreise gedeckt sein muss, nicht berücksichtigt werden. Die Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) ist bereits im Zeitalter alternativer Antriebe angekommen und nutzt seit November 2019 einen Elektrobus im Liniendienst. Für 2021 wird eine ganze ZVB-Linie auf elektrisch umgestellt. Das langfristige Ziel der ZVB ist, basierend auf den dadurch gesammelten Erfahrungen, bis 2035 schrittweise einen CO<sub>2</sub> neutralen Linienbetrieb zu erreichen. Der Vorteil dieses gestaffelten Vorgehens ist auch, dass der technische

Fortschritt von Batterien und allenfalls weitere Technologien wie Wasserstoff-betriebene Elektrobusse einbezogen werden. Ich begrüsse es, dass mit diesem Vorstoss die Diskussion für die Finanzierung der Mehrkosten für einen ökologischeren ÖV angestossen ist.

### C) Bestätigung der Revisionsstelle der Zuger KB – nicht nach Wunsch des Regierungsrates

Nicht nach Plan des Regierungsrates verläuft die Bestätigung der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank. Gemäss Gesetz und Statuten wählt der Regierungsrat auf Vorschlag des Bankrats die aktienrechtliche Revisionsstelle und der Kantonsrat hat die Wahl zu bestätigen. Der Regierungsrat wollte eine Wiederwahl bis 2022. Eine Mehrheit des Kantonsrates goutiert nicht, dass PWC seit 26 Jahren (!) ununterbrochen das Mandat ausübt und nun ohne Ausschreibung des Mandates erneut gewählt werden soll, und lehnt den Antrag ab. Da die Statuten eine zweijährige Amtszeit vorsehen und der Zeitdruck für eine Ausschreibung vor der nächsten GV zu gross wäre, genehmigte der Rat nach Rückkommen die Wahl trotzdem. Meine Erfahrung aus der Privatwirtschaft ist, dass mit einer periodischen Ausschreibung eines Revisionsmandates die Kosten oftmals gesenkt werden können.

### D) Senkung Gebühren Strassenverkehrsamt – ungenügend

Als Antwort auf eine Motion der SVP senkte der Regierungsrat einige Gebühren des Strassenverkehrsamtes per Anfang 2020. Nun liegt der Bericht dazu vor. Nach den Senkungen entsprechen die Gebühren nun einem angestrebten Kostendeckungsgrad von 108%. Wie die Motionäre erachte ich eine weitere Senkung auf einen Kostendeckungsgrad von 100% als besser. Eine Mehrheit teilt diese Meinung nicht und so ist das Geschäft als erledigt abgeschlossen.



## E) Ökologische Überprüfung aller Geschäfte – überbordende Administration verhindert

Einen massiven bürokratischen Aufwand haben wir abweisen können. Eine Gruppe von ALG-Kantonsräte verlangte, dass zukünftig sämtliche Geschäfte des Kantons- und Regierungsrats neben ihren finanziellen jeweils auch auf ihre ökologischen Auswirkungen überprüft werden und diese Auswirkungen analog in den jeweiligen Berichten und Anträgen dargelegt werden. Der Kantonsrat und der Regierungsrat beraten jährlich mehr als 300 Geschäfte. Die Evaluation von ökologischen Effekten kann man aus meiner Sicht dort durchführen, wo die Effekte gross sind, aber nicht mit der Giesskanne über alles. Das sahen alle bürgerlichen inklusive GLP auch so. Dafür stimmten nur die Vertreter der Linken und drei CVPLer.



**Fazit:** Ein sanfter Einstieg ins neue politische Jahr, denn eine Halbtagsitzung reichte, um die aktuellen Geschäfte zu behandeln. Wie aus dieser Zusammenfassung ersichtlich, stehen keine grossen Kantonsratsgeschäfte an. Die Parlamentarier beschaffen sich selber Arbeit durch Vorstösse.

Herzliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Peter Letter'.

**Peter Letter**

Kantonsrat

[peter.letter@quickline.ch](mailto:peter.letter@quickline.ch);

[www.facebook.com/letter.peter](https://www.facebook.com/letter.peter)